

**Anträge zum konsumtiven Haushalt 2014
- sachbezogen -**

Anlage 1

Lfd. Nr. HFBP	Lfd. Nr. chronol.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Kurzbeschreibung	Ansatz Entwurf 2014 in €	Änderung ggü. Entwurf 2014 in €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
1	52	HFBP	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	1101	OB	Die Verwaltung wird gebeten, die schnellere Fertigung von Niederschriften zu prüfen.			<p>Eine wesentliche Funktion der Niederschriften erfüllt mittlerweile die rasche Veröffentlichung zentraler Sitzungsergebnisse im Internet. Am Morgen nach einem Sitzungstag werden dort sowohl die Ladungstagesordnung um die beschlossene Fassung aktualisiert als auch die Abstimmungsergebnisse veröffentlicht.</p> <p>Eine Niederschrift, die den in § 22 der Geschäftsordnung des Rates formulierten Inhalten gerecht wird, könnte die Verwaltung den Unterzeichnern im Grundsatz innerhalb einer Arbeitswoche vorlegen.</p> <p>Die umfangreichen Ergänzungen um die präzise Wiedergabe von Beratungsverläufen sind bei den dafür zur Verfügung stehenden Stellenanteilen mit Blick auf konkurrierende Aufgabenschwerpunkte, Krankheitsausfälle etc. nicht immer zeitnah zu fertigen. Vor dem Hintergrund der Aufgabenentwicklung und beschlossener Personalkosteneinsparungen wird dies nicht ohne weiteres zu ändern sein.</p>
2	NEU	-	AUF	1101	OB	Produktgruppe 1101 Politische Gremien Einzelratsmitglieder, die keiner Gruppe oder Fraktion des Rates angehören, bekommen zusätzlich zu geldwerten Leistungen/Sach- und Kommunikationsmittel, 1/3 der Zuwendungen für die Geschäftsbedürfnisse und 1/3 der Investitions- und Betriebskostenzuschüsse der kleinsten im Rat vertretenen Fraktion.			
3	NEU	-	AUF	1106	2	Die Stadtverwaltung vergibt Aufträge bevorzugt an Unternehmen mit einer hohen Ausbildungsquote. Sie prüft dafür die rechtlichen Voraussetzungen, welche notwendig sind, um die Ausbildungsquote eines Unternehmens mit den Kriterien einer öffentlichen Ausschreibung zu verknüpfen und diesen als Standard für öffentliche Ausschreibungen verbindlich festzulegen.			

**Anträge zum konsumtiven Haushalt 2014
- sachbezogen -**

Anlage 1

Lfd. Nr. HFBP	Lfd. Nr. chronol.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Kurzbeschreibung	Ansatz Entwurf 2014 in €	Änderung ggü. Entwurf 2014 in €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
4	53	HFBP	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	1107	OB	Die Verwaltung wird um Prüfung gebeten, ob im Rahmen der kommunikativen Begleitung des Bürgerhaushaltes ein Open Data System eingeführt werden kann.			Die Stadt Gelsenkirchen stellt auf Ihrer Webseite bereits heute ein umfangreiches Angebot kommunaler Daten bereit: vom Haushaltsplan über statistische Daten bis zu Geodaten. Im Zuge der Einführung des Bürgerhaushalts ist geplant, aus Gründen der Transparenz und Teilhabe auch die Haushaltsdaten der Stadt umfassend und möglichst leicht verständlich aufbereitet darzustellen. Die Einführung eines Open-Data-Systems, das sinnvollerweise nicht nur Haushalts-, sondern alle Daten der Stadt in maschinenlesbarer Form zum Download bereitstellt, ist in diesem Zusammenhang derzeit noch nicht geplant. Der Aufbau eines dafür notwendigen Open-Data-Portals wäre sowohl konzeptionell als auch technisch realistisch bis zum Start des Bürgerhaushalts im ersten Quartal 2014 nicht abzuschließen. Erfahrungen aus anderen Städten zeigen, dass allein die technische Einrichtung eines Open-Data-Systems mehrere Monate in Anspruch nimmt. Entscheidend für Funktionalität und Erfolg eines Open-Data-Systems ist aber vor allem die Bereitstellung quantitativ und qualitativ ausreichender Daten und deren Einpflege in eine solche technische Plattform. Es wäre daher eine Open-Data-Konzeption für die Stadt Gelsenkirchen zu entwickeln, die mindestens Festlegungen über Art und Umfang der Daten, der Implementierung in ein Portalsystem, der dauerhaften Pflege, der organisatorischen Anbindung und nicht zuletzt auch der entstehenden Kosten, die in anderen Kommunen mitunter im sechsstelligen Bereich jährlich liegen, beinhalten muss. Auf der Basis eines solchen umfassenden Konzepts ließe sich dann auch ein realistischer Umsetzungsplan für die Entwicklung und inhaltliche Füllung eines Open-Data-Portals erstellen.
5	NEU	-	AUF	1108	2	Ergänzung zum Punkt „Kurzfristige Ziele für das Planjahr 2014“ Vergabe eines Untersuchungsauftrages z.B. an das Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen unter Direktion von Prof. Gerhard Bosch, Professor für Soziologie, bzw. an Wissenschaftler wie Prof. Hickel, wie die Stadt Gelsenkirchen durch neue Arbeitszeitmodelle v.a. in der Stadtverwaltung und den Eigenbetrieben Arbeitsplätze erhalten bzw. neue schaffen kann. Geprüft werden sollen die Möglichkeiten der Einführung einer Arbeitszeitverkürzung bis hin zur 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als Pilotprojekt mit dem Ziel Schaffung neuer Arbeitsplätze und Neueinstellungen. Einstellung von 150.000 Euro dafür in den städtischen Haushalt 2014.		+150.000	

**Anträge zum konsumtiven Haushalt 2014
- sachbezogen -**

Anlage 1

Lfd. Nr. HFBP	Lfd. Nr. chronol.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Kurzbeschreibung	Ansatz Entwurf 2014 in €	Änderung ggü. Entwurf 2014 in €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
6	NEU	-	AUF	1108	2	<p>Produktgruppe 1108 Personal- und Organisationsmanagement Der Rat der Stadt Gelsenkirchen beauftragt die Stadtverwaltung, ein Sofortprogramm für die Erhöhung der Ausbildungsquote aufzulegen, beginnend mit 20 neuen Ausbildungsstellen in der Kernverwaltung im Jahr 2014. Es wird eine 10 prozentige Quote für Ausbildung und Übernahme in den erlernten Beruf in der Kernverwaltung und in den städtischen Eigenbetrieben schrittweise bis zum Jahr 2016 verwirklicht. Damit wird der besonderen Verantwortung als öffentlicher Arbeitgeber Rechnung getragen und der sehr hohe Altersdurchschnitt der städtischen Beschäftigten gesenkt.</p>			
7	NEU	-	AUF	1109	2	<p>Personal- und Organisationsmanagement „Einstellung von zwei Beliehenen an das Finanzamt zur Erhöhung des Prüfungszyklus“ Die Stadt schließt mit dem zuständigen Finanzamt eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Abordnung von zwei städtischen Steuerprüfern für die Durchführung von Betriebsprüfungen ab. Die erforderlichen Mittel (Personalkosten, Sachkostenpauschale) werden aus den zu erwartenden Steuermehreinnahmen infolge der intensiveren betrieblichen Steuerprüfungen gedeckt. Jeder Steuerprüfer führt zu ca. 350.000 Euro Mehreinnahmen, kostet aber nur ca. 50.000 Euro.</p>			

**Anträge zum konsumtiven Haushalt 2014
- sachbezogen -**

Anlage 1

Lfd. Nr. HFBP	Lfd. Nr. chronol.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Kurzbeschreibung	Ansatz Entwurf 2014 in €	Änderung ggü. Entwurf 2014 in €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
8	26	AWL	CDU	1110	1	<p>ANTRAG zum Entwurf des Haushaltsanierungsplanes 2014</p> <p>Nach der lfd. Nr. 13-04 ist als Konsolidierungsmaßnahme der Erwerb des Grundstücks Vattmannstr. vorgesehen, um auf diese Weise im Gegensatz zur Anmietung wirtschaftlichere Zahlen darstellen zu können. Aktuell konnte mit dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (BLB) als Eigentümer keine Einigung über den Gebäudewert erzielt werden. Eine abschließende Bewertung von Baumängeln, die durch einen Wasserschaden verursacht wurden, steht aus.</p> <p>Am 11.09.2013 erfolgte die Grundsteinlegung für das neue Finanzamt Gelsenkirchen an der Ludwig Erhard Str.. An diesem Standort werden bekanntlich die bisherigen Finanzamtsstandorte Gelsenkirchen-Süd und Gelsenkirchen-Nord zusammengeführt und die bisherigen Standorte aufgegeben. Das neue Finanzamt wird voraussichtlich im Frühjahr 2015 seinen Betrieb aufnehmen.</p> <p>Die dann frei gezogenen denkmalgeschützten Immobilien an der Zeppelinallee 9-13 und am Rathausplatz 1 benötigen eine Folgenutzung, liegen sie doch an exponierter Stelle im Stadtgebiet, an der ein längerer Leerstand negative Begleiterscheinungen nach sich ziehen würde. Das Gebäude des jetzigen Finanzamtes Gelsenkirchen-Süd ist zudem im Backstein-Expressionismus, einem bedeutenden Baustil des Ruhrgebiets im Jahre 1928 als Finanzamt und Zollamt Gelsenkirchen errichtet worden. In beiden Fällen ist auch der Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes NRW Eigentümer der Immobilien.</p> <p>Vor diesem Hintergrund drängt sich geradezu die Frage auf, ob durch einen Erwerb dieser Immobilien alternativ oder additiv zum Gebäude Vattmannstr. nicht ebenfalls wirtschaftliche Effekte durch Abmietung erzielt werden können. Außerdem muss der Stadt an einer den Gebäuden "würdigen" Folgenutzung gelegen sein.</p> <p>Deshalb sind im Zusammenwirken mit dem BLB Wirtschaftlichkeitsberechnungen (Paketlösung) anzustellen und der Politik entsprechend zur 2. Lesung des Haushalts zu berichten.</p>			Eine Paketlösung sollte erst dann angestrebt und verhandelt werden, wenn aufgrund der Wasserschäden im Gebäude Vattmannstraße 2 - 8 Klarheit über den Wert dieses Gebäudes besteht. Die Verwaltung wird zwischenzeitlich die Größenordnung der zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze der beiden Finanzämter als Vorbereitung für weitere Überlegungen ermitteln.
9	54	HFBP	SPD	1201	1	<p>Aktion gegen Hundekot In welchem Ausmaß werden bei Verstößen gegen die OBVO Bußgeldbescheide ausgestellt (Hundekot/Verunreinigungen/Alkohol)?</p>			<p>Die Aufgabe "Hundekot" ist seit Jahren Bestandteil der Arbeit des KOD. Außer bei Präsenzstreifen in den öffentlichen Parks und Anlagen werden derzeit aus personellen Gründen keine gezielten Hundekot-Kontrollen durchgeführt. Auch die Präsenzstreifen sind aus personellen Gründen erheblich eingeschränkt worden. Daher sind im Jahre 2013 lediglich 5 Verfahren gegen Hundehalter/innen eingeleitet worden, wovon 4 Verfahren im Wege der Verwarnung mit Verwangeld abgeschlossen worden sind. (Zum Vergleich: im Jahre 2012 sind trotz der auch in diesem Jahr bereits aus personellen Gründen eingeschränkten Streifen und Überprüfungen noch 14 Verfahren durchgeführt worden).</p> <p>Eine Intensivierung dieser Aufgabe kommt aus Sicht von 30/5 derzeit nicht in Betracht, da das vorhandene Personal notwendigerweise an anderer Stelle (z. B. EU-Ost, Szene Bahnhof) eingesetzt werden muss.</p>

Anträge zum konsumtiven Haushalt 2014
- sachbezogen -

Anlage 1

Lfd. Nr. HFBP	Lfd. Nr. chronol.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Kurzbeschreibung	Ansatz Entwurf 2014 in €	Änderung ggü. Entwurf 2014 in €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
10	60	-	FDP-Ratsfraktion	1210	4 u. 5	<p>Prüfauftrag „Wegweiser für Eltern von Kindern mit Behinderungen“</p> <p>Die FDP-Ratsfraktion bittet um Einführung eines Wegweisers für Eltern von Kindern mit Behinderungen.</p> <p>Die Verwaltung möge bitte prüfen: Wie hoch sind die Kosten zur Erstellung einer Broschüre für Eltern von Kindern mit Behinderungen, die einen umfassenden Wegweiser zu allen Behörden, Institutionen, Selbsthilfegruppen etc. gibt? Die dafür notwendigen Mittel sollen im Haushalt 2014 eingestellt werden, ggfs. kann auch eine solche Broschüre durch die Zusammenarbeit von Hof Holz, Agenda21 und der Stadt Gelsenkirchen geführt werden.</p>			<p>Innerhalb der Stadtverwaltung Gelsenkirchen wird bereits für Eltern mit behinderten Kindern ein umfangreiches Beratungs- und Informationsangebot vorgehalten. Dies sind im Bereich der Schulverwaltung Broschüren wie z.B. "miteinanderlebenlernenlachen" (Thema: inklusives Lernen) und "Schule-aktuell Förderschulen". Für die Erstellung einer Broschüre "Wegweisung für Eltern mit behinderten Kindern" wird zurzeit kein Bedarf gesehen.</p>
11	27	AfB	SPD	2101 bzw. 2102	4 u. 5	<p>Die SPD fordert die Verwaltung auf, einen Inklusionsplan bzw. ein konkretes Konzept zur Umsetzung von Inklusion zu entwickeln. Dies sollte eine stufenweise Umsetzung beinhalten, damit alle Beteiligten in diesem Prozess positiv mitgenommen werden sowie klare Vorgaben, welche Schulen welche Kinder in den Regelschulbetrieb aufnehmen und integrieren sollen.</p>			<p>Gelsenkirchen ist auf dem Weg zu einer inklusiven Stadtgesellschaft schon ein gutes Stück vorangekommen. Damit es weitergehen kann, ist es erforderlich, dass sich auch weiterhin viele engagierte Bürgerinnen und Bürger einbringen, um bessere Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen in Gelsenkirchen zu schaffen. Für diese Aufgabe hat sich bereits ein Gremium aus Personen und Organisationen der Zivilgesellschaft sowie verantwortlichen Akteuren aus Politik und Verwaltung gebildet. Dieses noch erweiterungsfähige Gremium möchte für die Umsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderungen in Gelsenkirchen sorgen. Gegenwärtig organisiert eine Arbeitsgruppe "Inklusion" unter Mitwirkung der Arbeitsgemeinschaft der Gelsenkirchener Behindertenverbände und Selbsthilfegruppen eine Veranstaltung zur Inklusion am 09.11.2013 im HSH. Ein Themenbereich wird auch "Bildung" sein. Zeitgleich hat diese Arbeitsgruppe in Kooperation mit der Lebenshilfe für dieses Netzwerk bei der Aktion Mensch einen Antrag gestellt, die Entwicklung eines solchen Gremiums zu fördern.</p> <p>Aktuell bieten 6 Grundschulen und 6 Schulen der Sek. I gemeinsames Lernen (gemeinsamer Unterricht bzw. Integrative Lerngruppen) an. An weiteren 20 Standorten gibt es Einzelintegration. Ein Konzept für die Weiterentwicklung ist in Arbeit. Beteiligt sind die Schulaufsicht, die Inklusionskoordinatoren und die Schulverwaltung.</p>
12	28	AfB	SPD	2102	4	<p>Die Verwaltung möge eine zweiprozentige Erhöhung bzw. Anpassung der städt. Leistungen an die Träger der OGS zur Förderung der Arbeit prüfen, um deren Arbeit und Einsatz etwas auskömmlicher zu gestalten und damit zu honorieren.</p>	5.163.130	+103.263	<p>Seit dem Beginn der OGS vor 10 Jahren hat das Land NRW lediglich vor 2 Jahren eine einmalige Erhöhung seiner Zuwendungen veranlasst. Die Mittel der Kommune wurden bisher nicht angepasst. Die Träger weisen darauf hin, dass sich die tatsächlichen Kostenerhöhungen (im Schwerpunkt durch Tarifierhöhungen) nur durch Stundenreduzierungen und Qualitätsverluste auffangen lassen. Die Argumentation der Träger ist nachvollziehbar. Mittel für eine Aufstockung stehen im Entwurf des Haushaltes nicht zur Verfügung.</p>

**Anträge zum konsumtiven Haushalt 2014
- sachbezogen -**

Anlage 1

Lfd. Nr. HFBP	Lfd. Nr. chronol.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Kurzbeschreibung	Ansatz Entwurf 2014 in €	Änderung ggü. Entwurf 2014 in €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
13	29	AfB	SPD	2102	4	Die SPD fordert erneut einen Bedarfsplan für die OGS. Die Verwaltung möge prüfen, ob ausreichend Kapazitäten vorhanden sind, ebenso sollte eine Überlegung zur Aufstockung des Personals im Zuge von Inklusion in diese Prüfung einfließen. Ferner sollte geprüft werden, ob eine Anpassung der Kosten an die Preissteigerung notwendig ist.			Eine Prüfung im Schuljahr 2012/13 hat zu einer OGS-Platzerweiterung geführt. Die OGS Obergrenzen werden jedes Schuljahr u. a. auch bezogen auf die Inklusionsentwicklung geprüft. Weitere OGS Platzerweiterungen werden im Bestand der Schulräume umgesetzt. In Abstimmung mit psychologischen Fachstellen werden pädagogische Kriterien der Ganztagsangebote mit Gemeinschaftsunterrichts-Angeboten erarbeitet, ggf. sind hier weitere Anpassungen z.B. eine Anpassung der Fachkraftstunden notwendig. Zu der Anpassung der Kosten an die Preissteigerung siehe Stellungnahme zu lfd. Nr. 7/28.
14	30	AfB	SPD	2102	4	Die Verwaltung möge einen Sachstandsbericht zum Stand des Ausbaus des Ganztags in der Sekundarstufe I geben.			Der bauliche Ganztagsausbau aller Schulen der Sekundarstufe I ist abgeschlossen. Ein Dokumentarfilm über die Gelsenkirchener Angebote im Ganztags mit allen ausgebauten Schulen und eine Mitteilungsvorlage sind für die nächsten Sitzungen des AfB und des KJF vorgesehen. Das Ganztagsangebot wird durch die Einrichtung der Gesamtschule Erle zum 01.08.2014 weiter ausgebaut.
15	32	AfB	CDU	2102	4	Die CDU setzt sich weiterhin dafür ein, dass alle Kinder gleiche Bildungschancen erhalten. Im OGS-Bereich der Grundschulen sind in den vergangenen Jahren erste Schritte in die Richtung übernommen worden. Nach der Betreuung müssen wir nun unser Augenmerk auf die individuelle Förderung in der OGS richten. Die CDU fordert daher, die personelle Ausstattung in der OGS zu verbessern. In der OGS muss eine qualifizierte Hausaufgabenbetreuung eingerichtet werden. Von kommunaler Seite muss der Anteil der Personalkosten angepasst werden analog dem KiBiz.			Siehe Stellungnahme zu lfd. Nr. 7/28 Durch Fortbildung und Konzeptveränderungen werden die aufgezählten Themen ständig weiterverfolgt.
16	33	AfB	CDU	2102	4	Für Grundschulen fordert die CDU das Bildungsprojekt "Haus der kleinen Forscher". Gute Bildung heißt aber auch, gute Ansätze weiterzuführen und auch Grundschulkindern in den wichtigen Feldern Naturwissenschaften, Mathematik und Technik spielerisch zu fördern. Seit einem Jahr können aber auch Grundschulen "Haus der kleinen Forscher" werden. Die CDU fordert, die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, um zunächst 10 Grundschulen zum "Haus der kleinen Forscher" zu machen.			Eine Ausweitung des Projektes auch auf Grundschulen ist nach Aussage der betreuenden Stiftung grundsätzlich möglich. Nach Auskunft einer Stadt, die dies bereits realisiert hat, ist hierzu das Einbringen von Stellenanteilen aus dem Lehrstellenplan und von Fortbildungsmitteln (Koordinatoren und Multiplikatoren) erforderlich. Die Anregung wird aufgegriffen und dem hierfür zuständigen Schulamt für die Stadt Gelsenkirchen vorgelegt. Nach den Erfahrungen der bereits teilnehmenden Stadt ist die Einbringung von Mitteln durch den Schulträger nicht erforderlich, weil für den Anschauungsunterricht nur Gegenstände des täglichen Bedarfs verwendet werden.
17	34	AfB	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2102	4	+ 50.000 Euro für die Weiterentwicklung von OGS zu Familienzentren; modellhaft an einer Grundschule in einem Gebiet mit besonderen sozialen Problemlagen einschließlich Evaluation. <u>Begründung:</u> Es geht im Sinne des Gelsenkirchener Wegs darum, möglichst früh und übergangsbegleitend die Bildungschancen von benachteiligten Kindern und Jugendlichen zu erhöhen.		+50.000	Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept zu Familienzentren an OGS Standorten. Dieses Konzept soll in die Projektstruktur der Initiative "Ruhr Futur" für alle Stadtbezirke einfließen und in der Pilotphase aus Fördermitteln finanziert und evaluiert werden. Eine modellhafte Einrichtung vorab, z. B. im Stadtteil Schalke im Rahmen des Präventionsschwerpunktes "Kein Kind zurück lassen", kann sich positiv auswirken. Ein Modellstart kann Vorteile bei einer o. g. soliden fachlichen Antragstellung mit sich bringen. Eine Förderschädlichkeit muss geprüft werden. Mittel stehen dafür im Haushalt nicht zur Verfügung.

**Anträge zum konsumtiven Haushalt 2014
- sachbezogen -**

Anlage 1

Lfd. Nr. HFBP	Lfd. Nr. chronol.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Kurzbeschreibung	Ansatz Entwurf 2014 in €	Änderung ggü. Entwurf 2014 in €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
18	35	AfB	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2102	4	+ 10.000 Euro Erhöhung der Mittel für das KIGE zur individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund in der Sekundarstufe II. <u>Begründung:</u> Bislang wurden über die Mittel der Mercator-Stiftung durch die RAA entsprechende Förderprojekte auch im SEK II-Bereich durchgeführt. Nach Übertragung der RAA-Projekte auf die KIGE und den Wegfall der Förderung durch die Mercator-Stiftung reichen die Mittel für die SEK II nicht mehr aus. Daher sollten diese aufgestockt werden.		+10.000	Der von den Schulen gemeldete Förderbedarf, insbesondere in der Sekundarstufe II, kann aufgrund begrenzter Mittel nicht gedeckt werden. Ebenso werden die zusätzlichen Mittel der Stiftung Mercator im August 2014 auslaufen. Eine Kompensation ist nicht möglich. Durch eine Aufstockung der Mittel zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund in der Sekundarstufe II könnten wesentlich mehr Schülerinnen und Schüler, insbesondere in Vorbereitung auf die Abschlussprüfungen, gefördert werden.
19	22 n.F.	AKT	SPD	2501	4	Der Bestand des Ausstellungsortes "Domizil" des Bundes der Gelsenkirchener Künstler soll dauerhaft gesichert werden. Die Verwaltung soll prüfen, was zur Bestandssicherung notwendig ist wie die Verwaltung diese unterstützen könne. Die Finanzierung soll über Drittmittel sichergestellt werden.		+0	
20	22 a.F.	AKT	SPD	2501	4	Der Bestand des Ausstellungsortes "Domizil" des Bundes der Gelsenkirchener Künstler soll dauerhaft gesichert werden. Die Verwaltung soll prüfen, was zur Bestandssicherung notwendig ist wie die Verwaltung diese unterstützen könne.		+18.500	Der Bund Gelsenkirchener Künstler (BGK, 38 Mitglieder) hat mit dem Domizil einen wichtigen Ausstellungsort in Ückendorf geschaffen. Er ist zudem der einzige Ort, an dem lokale Künstler/innen regelmäßig selbstbestimmt ausstellen können. Er hat damit für die Kunstszene auch als Kommunikationsort eine wichtige Funktion. Zunächst wurde er aus Mitteln der Städtebauförderung unterstützt. Diese stehen nun nicht mehr zur Verfügung. Jenseits der ehrenamtlichen Arbeit fehlen dem BGK für den Betrieb (Miete, Energie - 6.500 EUR) und für 7 Ausstellungen/Jahr jährlich 12.000 EUR. Eine regelmäßige Strukturförderung aus Mitteln des städtischen Haushalts ist nicht vorgesehen.
21	23 n.F.	AKT	SPD	2501	4	Die Finanzierung des Consol-Theaters soll dauerhaft sichergestellt werden.		+50.000	
22	23 a.F.	AKT	SPD	2501	4	Die Finanzierung des Consol-Theaters soll dauerhaft sichergestellt werden. Die Verwaltung soll prüfen, wie man das Consol-Theater, insbesondere unter finanziellen Gesichtspunkten, unterstützen könne.		+50.000	Das Consol Theater (CT) hat eine wichtige künstlerische, kunstpädagogische, soziokulturelle und arbeitspolitische Funktion für Gelsenkirchen. U.a. wurden 10 Arbeitsplätze dauerhaft geschaffen. Der Verwaltung liegen regelmäßig die Jahresabschlüsse und Bilanzen vor. Darin wird deutlich, dass das CT über die Jahre gesehen mit ca. 50.000 EUR pro Jahr strukturell unterfinanziert ist. Faktisch wird so von der personellen und materiellen Substanz gezehrt; resp. sie wird aufgebraucht. Eine Finanzierung ist notwendig, kann aber aus den vorhandenen Mitteln des städtischen Haushaltes nicht geleistet werden.

Anträge zum konsumtiven Haushalt 2014
- sachbezogen -

Anlage 1

Lfd. Nr. HFBP	Lfd. Nr. chronol.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Kurzbeschreibung	Ansatz Entwurf 2014 in €	Änderung ggü. Entwurf 2014 in €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
23	61	-	Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2503	4	Förderung der Kunstschule mit 20.000 €.		+20.000	Die Kunstschule Gelsenkirchen leistet einen wichtigen Beitrag für die künstlerisch-kulturelle Bildung jenseits der Museumspädagogik. Durch den Wegfall von langjährigen Sponsorgeldern ist der Bestand trotz Landesförderung zurzeit gefährdet. Damit geht auch ein Arbeitsplatz verloren.
24	59	-	FDP-Ratsfraktion	2507	OB	<p>„Einführung eines „Kultur-Euro“</p> <p>Die FDP-Ratsfraktion erachtet es weiterhin als sinnvoll, im Rahmen der Haushaltskonsolidierung wieder eine Garderobengebühr im Musiktheater im Revier einzuführen und moderate Eintrittsgelder im Kunstmuseum in Gelsenkirchen-Buer zu erheben. Allerdings soll eine solche Entscheidung auch von den Bürger/-innen mitgetragen werden. Daher sollen eine Befragung bei den Besuchern des MiR und des Kunstmuseums eine Entscheidungsgrundlage bilden.</p> <p>Wir beantragen daher entsprechende Mittel für eine Befragung bereitzustellen.</p>			Die Bezeichnung "Einführung eines 'Kultur-Euro' ist irreführend, da es in der weiteren Darstellung um Eintrittsgelder geht. Die Einführung eines zusätzlichen Kultur-Euro für das MiR, bei gleichzeitiger Abführung des mit den Eintrittspreisen des MiR erhobenen Kultur-Cents an die freie Szene, ist schwer vermittelbar. Da die Eintrittspreise ohnehin kontinuierlich moderat gesteigert werden, ist es bezüglich der Akzeptanz eines Kultur-Euro unverträglich, dass die Besucher des Theaters mit weiteren Kosten belastet werden. Der wirtschaftliche Gewinn durch eine Gebühr ist für das Haus als minimal anzusehen. Zudem wirbt das MiR unter anderem auch mit „freier Garderobe“. Des Weiteren bedeutet eine Garderobengebühr zusätzlichen Betriebsaufwand. Der Verzicht auf eine solche Gebühr hilft, Arbeitsabläufe zu vereinfachen. Dazu führt die Erhebung einer Gebühr zu erhöhten Wartezeiten an der Garderobe. Daher ist vor einigen Jahren die Garderobengebühr - auch zur Vereinfachung und Zeitersparnis - in den Kartenpreis eingerechnet worden. Die Einführung von Eintrittsgeldern im Kunstmuseum ist inneradministrativ mehrfach geprüft worden. Neben kulturpolitischen Erwägungen, die dagegen sprechen, wäre die Einführung auch langfristig teuer. Das Haus müsste architektonisch angepasst werden, die stellenrelevanten Anforderungen an das Personal wären erhöht ebenso wie der administrative Aufwand. Diese Mehrkosten würden durch die erwartbaren Eintrittsgelder nach Abzug aller Ermäßigungs- und Befreiungstatbestände nicht gedeckt. Vor diesem Hintergrund wäre der Einsatz von Geldern für eine Befragung der Theater- und Museumsbesucher wenig sinnvoll.
25	12	ASA	SPD	3102	5	Die Bürgerarbeit läuft demnächst aus. Da in Gelsenkirchen auch viele Bürgerarbeitsplätze geschaffen wurden und dieser Personenkreis demnächst wieder von Arbeitslosigkeit betroffen wäre, wird um Prüfung gebeten, inwieweit ein Teil dieser Bürgerarbeiter im Rahmen des Handlungskonzeptes „Zuwanderung im Rahmen der EU-Osterweiterung“ weiterbeschäftigt werden könnte.			Die vom Bund geförderte Bürgerarbeit läuft in 2014 sukzessive aus und wird definitiv nicht verlängert. Aufgabe des IAG ist es, diese Menschen nach Ablauf der 3jährigen Förderung in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Hierzu werden alle Personen vor Ablauf der Förderung vom IAG eingeladen und gemeinsam nach Perspektiven gesucht. Inwieweit möglicherweise Personen aus der Bürgerarbeit im Rahmen des Handlungskonzeptes "Zuwanderung im Rahmen der EU-Osterweiterung" beschäftigt werden können, ist zurzeit nicht abschließend beurteilbar. Die im Handlungskonzept benannten bestehenden und zukünftigen Maßnahmen werden aktuell in den jeweiligen Vorstandsbereichen ausgearbeitet und, wenn erforderlich, ergänzt. Im Anschluss wird die Projektgruppe "Zuwanderung" die möglichen Handlungsmaßnahmen auf die personellen und finanziellen Ressourcen und die praktische Umsetzbarkeit prüfen, bewerten und priorisieren. In diesem Zusammenhang soll dann geprüft werden, ob ein Einsatz von Personen aus der Bürgerarbeit möglich ist.

**Anträge zum konsumtiven Haushalt 2014
- sachbezogen -**

Anlage 1

Lfd. Nr. HFBP	Lfd. Nr. chronol.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Kurzbeschreibung	Ansatz Entwurf 2014 in €	Änderung ggü. Entwurf 2014 in €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
26	14	ASA	CDU	3102	5	<u>Gelsenkirchener Appell</u> Die CDU-Fraktion beantragt für die Realisierung des o.g. Projekts im Haushalt 2014 2,5 Millionen EURO zur Verfügung zu stellen. Mit den Mitteln sollen insgesamt 100 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze nach den Vorgaben des „Gelsenkirchener Appell“ eingerichtet und ermöglicht werden. Ziel des Projekts soll sein, die Annahmen, die sich mit der Schaffung von Arbeitsplätzen nach dem „Gelsenkirchener Appell“ verbinden, in der Praxis zu erproben, Transferleistungen einzusparen und eine verbesserte Argumentationslage gegenüber Land, Bund und Arbeitsagentur zu haben. Den „Bruttokosten“ dieses Antrags stehen Einsparpotentiale während der Durchführung des 12 monatigen Projekts (Laufzeit 01.01.14-31.12.14) gegenüber, sodass mit einer deutlich geringeren „Netto-Belastung“ (siehe Rechenmodelle „Gelsenkirchener Appell“) für den Haushalt zu rechnen ist.		+2.500.000	Die Dringlichkeit zur Realisierung einer öffentlich geförderten Beschäftigung in Gelsenkirchen hat sich verschärft: Die Zahl der Leistungsempfänger im SGB II ist im Jahresvergleich gestiegen (von 31.768 auf 32.164 Erwachsene); der Anteil der Langzeitleistungsempfänger liegt bei ca. 73%. Die Arbeitsmarktprognosen für 2014 lassen keine deutliche Besserung erwarten. Aus den stark reduzierten Eingliederungsmitteln des Bundes (in 2010 = 45 Mio. €, in 2014 ca. 24 Mio. €) lässt sich eine öffentlich geförderte Beschäftigung nicht realisieren. Die Stadt Gelsenkirchen kann nicht allein aus eigenen Haushaltsmitteln öffentlich geförderte Beschäftigung initiieren. Deshalb fordert der Gelsenkirchener Appell die Beteiligung des Bundes. Der angestrebte Zeitrahmen von einem Jahr ist mit Blick auf die Klientel nicht nachhaltig.
27	19	ASA	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	3102	5	<u>Frau Wüllscheidt</u> bat um Auskunft, wie bei der Schuldnerberatung jährlich 300.000 € eingespart werden können.			Die Schuldnerberatung stellt eine kommunale Pflichtaufgabe dar. Bisher erfolgte eine Abrechnung der Kosten im Voraus anhand der zu Beginn einer Beratung eingereichten Beratungsscheine. Ab 2014 soll für einen effizienteren Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel die Abrechnung auf der Grundlage der in den Beratungsstellen tätigen Berater unter Berücksichtigung der Lohn-, Sach- und Gemeinkosten erfolgen. Der Umfang der Beratungsfälle bleibt auf dem bisherigen Niveau erhalten. Die neue Verfahrensweise führt zu Synergieeffekten und zu einer besseren Vergleichbarkeit der erbrachten Leistungen der Beratungsstellen. Durch die effizientere Gestaltung können Kosten von rd. 300.000 € jährlich eingespart werden.
28	13	ASA	SPD	3103	5	Unabhängig von der zur Zeit noch ausstehenden Entscheidung, wie viele Quartiersnetze im Rahmen des Projektes „Gerne älter werden in Gelsenkirchen“ tatsächlich eingerichtet werden, wird die Einrichtung von 2 weiteren Quartieren beantragt.			Die wissenschaftliche Begleitung (FH Dortmund) von 4 Quartiersnetzen geht davon aus, dass dieser Prozess, für den 50.000 € zur Verfügung stehen, von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Senioren-Infocenter gesteuert wird. Dem Personal ist eine Begleitung von 2 weiteren Quartiersnetzentwicklungen nicht möglich. Sollten 2 Quartiere mehr entwickelt werden, müsste nicht nur die Forschung finanziert werden, sondern auch eine weitere Stelle im Seniorennetz Gelsenkirchen e.V. Die Stadt Gelsenkirchen hat jedoch beim Bundesministerium für Bildung und Forschung das Antragskonzept "Ältere als (Ko-) Produzenten von Quartiersnetzwerken im Ruhrgebiet" eingereicht. Sollte der Konzeption entsprochen werden, könnten bei entsprechender Beschlussfassung zusammen mit dem Projekt "Gerne älter werden in Gelsenkirchen" zwei weitere Quartiersnetze (somit insgesamt 6 Quartiere) entwickelt werden.

**Anträge zum konsumtiven Haushalt 2014
- sachbezogen -**

Anlage 1

Lfd. Nr. HFBP	Lfd. Nr. chronol.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Kurzbeschreibung	Ansatz Entwurf 2014 in €	Änderung ggü. Entwurf 2014 in €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
29	15	ASA	CDU	3103	5	Die CDU-Fraktion beantragt im Haushalt 2014 100.000 EURO für die Entwicklung eines „Aktionsplanes Inklusion“ bereitzustellen. Dieser Aktionsplan soll nach dem Vorbild des gleichnamigen Aktionsplans der Stadt Wetter entwickelt werden. Dreh- und Angelpunkt dieses Beispiels ist die Entwicklung des Aktionsplans unter Zuhilfenahme der Expertise von Behindertenselbstorganisationen (AGB), freien Trägern, Kirchen und „privaten Akteuren“ (z.B. Stiftungen) und die Vorlage des Aktionsplans in einer Variante, die die Befassung mit den Themen, Herausforderungen und Zielen der Inklusionspolitik in „einfacher“ und fachlicher „Sprache“ ermöglicht. Der „Aktionsplan Inklusion“ soll im Kalenderjahr 2014 entwickelt und zur Diskussion in die politischen Gremien gegeben werden.		+100.000	Gelsenkirchen ist auf dem Weg zu einer inklusiven Stadtgesellschaft schon ein gutes Stück vorangekommen. Damit es weitergehen kann, ist es erforderlich, dass sich auch weiterhin viele engagierte Bürgerinnen und Bürger einbringen, um bessere Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen in Gelsenkirchen zu schaffen. Für diese Aufgabe hat sich bereits ein Gremium aus Personen und Organisationen der Bürgerschaft sowie verantwortlichen Akteuren aus Politik und Verwaltung gebildet. Dieses noch erweiterungsfähige Gremium möchte für die Umsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderungen in Gelsenkirchen sorgen. Gegenwärtig organisiert eine Arbeitsgruppe "Inklusion" unter Mitwirkung der AGB eine Veranstaltung zur Inklusion am 09.11.2013 im HSH. Zeitgleich hat diese Arbeitsgruppe in Kooperation mit der Lebenshilfe e.V. für dieses Netzwerk bei der Aktion Mensch den Antrag gestellt, die Entwicklung eines solchen Gremiums zu fördern. Sollte der Antrag bewilligt werden, würde sich der von der CDU-Fraktion gestellte Antrag erübrigen.
30	16	ASA	CDU	3103	5	Die CDU-Fraktion beantragt, als Einstieg in verbesserte Teilhabe- und Teilnahmekancen für Menschen mit einer Behinderung in die politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse „der Stadt“ zunächst die technischen und weiteren Voraussetzungen im HSH so zu verbessern, dass hör-, seh- und sprachbehinderte Menschen zukünftig sich barrierefrei an Sitzungen und Veranstaltungen beteiligen können. Dieses Konzept, das in enger Abstimmung mit der AGB entwickelt werden soll, soll bis zum 30.06.14 vorliegen und begleitend oder im Anschluss technisch umgesetzt werden. Dafür stehen insgesamt zunächst 50.000 EURO zur Verfügung.		+50.000	Das HSH ist grundsätzlich barrierefrei errichtet worden und ermöglicht somit Menschen mit Behinderungen, an politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Selbstverständlich wird die Verwaltung im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten die weiteren Bedingungen der Barrierefreiheit für den genannten Personenkreis in Zusammenarbeit mit der AGB sukzessive umsetzen.
31	5	BV Mitte	CDU	3602	4	Aufstockung des Betreuungsangebotes für Jugendliche auf 4 Tage/Woche auf der Skater-/Bikeranlage "Schalker Verein".			Everplayanlagen sind offene Spielanlagen für Kinder und Jugendliche und sehen eine kontinuierliche pädagogische Betreuung nicht vor.
32	31	AfB	SPD	3602	4	Verstetigung der Schulsozialarbeit; Die SPD fordert den Bund auf, die Befristung der Finanzierung für die Schulsozialarbeit zum 31.12.2013 aufzuheben und die Voraussetzungen zur Fortführung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes über den 31.12. hinaus dauerhaft zu ermöglichen.			Die Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes erweist sich zunehmend mehr als unverzichtbarer Bestandteil der sozialen Arbeit im Bereich der Gelsenkirchener Primarschulen. Durch die Streckung der Maßnahme kann in Gelsenkirchen eine Finanzierung bis 2017 erfolgen. Ab 2018 stehen keine weiteren Bundesmittel zur Verfügung.

Anträge zum konsumtiven Haushalt 2014
- sachbezogen -

Anlage 1

Lfd. Nr. HFBP	Lfd. Nr. chronol.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Kurzbeschreibung	Ansatz Entwurf 2014 in €	Änderung ggü. Entwurf 2014 in €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
33	36 n.F.	KJF	SPD	3602	4	Das Partizipationsmodell im Rahmen des Stadtteilprogramms Südost ist hinsichtlich der Förderung zeitlich bis Ende 2013 begrenzt. Das Modell soll verstetigt und schrittweise zu einem gesamtstädtischen Angebot weiterentwickelt werden. Die Verwaltung wird aufgefordert, die Möglichkeiten bzw. den Aufwand dazu zu prüfen.		+8.000	
34	36 a.F.	KJF	SPD	3602	4	Das Partizipationsmodell im Rahmen des Stadtteilprogramms Südost ist hinsichtlich der Förderung zeitlich bis Ende 2013 begrenzt. Das Modell soll verstetigt und schrittweise zu einem gesamtstädtischen Angebot weiterentwickelt werden. Die Verwaltung wird aufgefordert, die Möglichkeiten bzw. den Aufwand dazu zu prüfen.		+27.700	Eine stadtweite Ausweitung und Verstetigung des erfolgreichen Partizipationsprojektes "Jugendforum SüdOst" erfordert eine zusätzliche halbe Stelle (S12 - 27.700 €). Für 2014 stehen dafür keine Haushaltsmittel zur Verfügung.
35	37 n.F.	KJF	SPD	3602	4	Innovationsbereitschaft, Kreativität und Mut zu neuen Ansätzen in der offenen Jugendarbeit soll eine besondere zusätzliche Förderung erfahren. Dazu ist der Innovationsfond in 2014 weiterzuführen.		+10.000	
36	37 a.F.	KJF	SPD	3602	4	Innovationsbereitschaft, Kreativität und Mut zu neuen Ansätzen in der offenen Jugendarbeit soll eine besondere zusätzliche Förderung erfahren. Dazu ist der Innovationsfond in 2014 weiterzuführen.			2013 wurden einmalig Haushaltsmittel in Höhe von 10.000 € zur Verfügung gestellt, mit denen drei Projekte durchgeführt werden konnten. Für 2014 stehen keine Haushaltsmittel zur Verfügung.
37	38	KJF	SPD	3602	4	Das Thema Inklusion erfährt, wie in fast allen formellen Bildungsbereichen, auch im informellen Bildungsbereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit zukünftig sicherlich eine stärkere Betrachtung. Dazu sollte die Verwaltung in den Arbeitsgemeinschaften mit den freien Trägern einen Diskussionsprozess einleiten. Ziel sollte sein, den aktuellen Status zu ermitteln und mittelfristige Handlungsfelder zu benennen.			Das Thema Inklusion wurde bereits mit den freien Trägern in den Arbeitsgemeinschaften nach § 78 und § 80 SGB VIII in 2012/2013 besprochen. Diese Diskussionsprozesse werden fortgeführt.
38	40	KJF	SPD	3602	4	Der Sozialdienst Schule ist ein neuer und wichtiger Baustein im Rahmen unserer präventiven Maßnahmen. Um in diesem Bereich tragfähige Strukturen aufzubauen und zu sichern, ist eine Verstetigung der Mitarbeiterstruktur anzustreben. Die Verwaltung soll prüfen, wie durch Zeitverträge bedingte Fluktuationen in diesem Bereich zu vermeiden sind.			Im Team Sozialdienst Schule haben sieben Mitarbeiterinnen Arbeitsverträge, die gemäß § 14 Abs. 2 TzBfG ohne sachlichen Grund bis zum 31.07.2014 befristet wurden. Die Teamleiterin und vier weitere Mitarbeiterinnen sind unbefristet bei der Stadt Gelsenkirchen beschäftigt und durch Umsetzung im Sozialdienst Schule tätig. Die Tatsache, dass die Finanzierung durch den Bund nach aktuellem Stand der Hochrechnung nur bis Ende 2017 gesichert ist, ist keine Basis für die Verlängerung der befristeten Arbeitsverträge nach den TzBfG. Es würde sich rechtlich um Kettenarbeitsverträge handeln.

**Anträge zum konsumtiven Haushalt 2014
- sachbezogen -**

Anlage 1

Lfd. Nr. HFBP	Lfd. Nr. chronol.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Kurzbeschreibung	Ansatz Entwurf 2014 in €	Änderung ggü. Entwurf 2014 in €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
39	42	KJF	CDU	3602	4	Die CDU-Fraktion beantragt zur Sicherstellung und zum Ausbau der Arbeit des Projekts „Soziale Dienste Schule“ vier zusätzliche Personalstellen (Qualifikation: Hochschul- bzw. Fachhochschulstudium mit schulpсихologischen bzw. sozial-arbeiterischem Schwerpunkt) zu finanzieren und den freien Trägern im Bereich OGS zur Arbeit zur Verfügung zu stellen. Für Personal- und Sachkosten sind dafür insgesamt in 2014 240.000 EURO einzustellen.		+240.000	Gemäß der politischen Beratung im Dezember 2011 und Juni 2012 im Ausschuss für Bildung sowie Kinder, Jugend und Familien wird das Gelsenkirchener Konzept der Schulsozialarbeit (Sozialdienst Schule) im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes bereits mit 4 Stellen in freier Trägerschaft (Träger, die im Bereich OGS tätig sind) umgesetzt. Der Sozialdienst Schule ist bedarfsgerecht und einzelfallorientiert für alle Grundschul Kinder zuständig, unabhängig davon, ob ein Kind die OGS besucht oder nicht. Konsens war es von Anfang an, die zur Verfügung stehenden Mittel zu strecken. Diese reichen in der aktuellen Struktur bis Ende 2017. Eine Bereitstellung von zusätzlich 240.000 € ab 2014 würde zu Lasten der Laufzeit gehen, die sich um ca. ein ganzes Jahr verkürzen würde. Außerdem ist ein Bedarf für den Ausbau des Sozialdienstes Schule in der gegenwärtigen Arbeit nicht erkennbar.
40	43	KJF	CDU	3602	4	Aufgrund der Entwicklung an den zwei Standorten Consolpark und Trendsportanlage Schalke Verein beauftragt die CDU-Fraktion die Verwaltung zu prüfen, mit welchen Mitteln und Aufwand ein Einsatz der mobilen Jugendarbeit an beiden Standorten und in welcher Größenordnung möglich ist.			Die mobile Jugendarbeit ist bereits im südlichen wie im nördlichen Stadtgebiet im Einsatz. Ein erweiterter Einsatz für die beiden Standorte soll im Rahmen der bestehenden mobilen Jugendarbeit übernommen werden.
41	44	KJF	CDU	3602	4	Im Haushalt 2014 ist das Projekt "be prepared" nicht mehr vorgesehen. Eine endgültige Beratung hat noch nicht stattgefunden. Die CDU-Fraktion beauftragt die Verwaltung, ihre Erfahrungen mit dem Projekt darzustellen und zu prüfen, unter welchen Bedingungen in 2014 und darüber hinaus das Projekt in Gelsenkirchen fortgeführt werden kann.		+50.000	Das Projekt "be prepared" läuft zum 31.12.2013 aus. Der von der Verwaltung mit der Durchführung beauftragte Träger (Caritasverband für die Stadt Gelsenkirchen e.V.) ist auch mit der Dokumentation des Projektes beauftragt. Hier sollen die Auswertungen der Module und die Erfahrungen dargestellt werden. Die Fertigstellung ist zum Ende des Jahres fällig. Die Verwaltung wird dann die Erfahrungen mit dem Projekt darstellen und dies zur Beratung in die erste Sitzung des KJF 2014 einbringen. Für die Fortführung des Projektes ist eine Bereitstellung von kommunalen Mitteln in Höhe von 50.000 €/Jahr für die Jahre 2014-2016 erforderlich. Nur dann kann ein erneuter Antrag bei der Agentur für Arbeit auf Förderung nach § 33 SGB III „Vertiefte und erweiterte vertiefte Berufsorientierung“ in gleicher Höhe wie 2011-2013 beantragt werden. Die Bereitstellung von Eigenmitteln ist für eine Beantragung zwingend erforderlich.
42	62	-	Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	3602	4	Betreuung von Ferienkindern unter Berücksichtigung des Aspektes der Inklusion im Rahmen der Ferien-vor-Ort-Aktion. 10.000 €		+10.000	Unter Berücksichtigung des Aspektes der Inklusion ist auch im Bereich der Ferien-vor-Ort-Aktion ein Ausbau an Plätzen für Kinder mit Behinderungen verschiedenster Art wünschenswert. Mit den für 2014 veranschlagten Mitteln ist eine Ausweitung des Angebotes nicht möglich.
43	63	-	Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	3602	4	Jugendförderung – 10.000 € für die Durchführung von Workcamps (Ziel Völkerverständigung und interkulturelles Lernen, sowie Jugendaustausch mit den Partnerstädten)		+10.000	Die Fortsetzung der erfolgreich und mit Drittmitteln durchgeführten Workcamps der letzten Jahre setzt voraus, dass die Drittmittel auch 2014 zur Verfügung stehen. Dies ist nicht absehbar.
44	64	-	Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	3602	4	7.500 € für den Jugendrat (Verstetigung der Jugendbeteiligung)		+7.500	Die Möglichkeiten und Voraussetzungen für eine stadtweite Ausweitung und Verstetigung des Partizipationsprojektes "Jugendforum SüdOst" und der sich daraus ergebende Mittelbedarf sind noch nicht abschließend geprüft. Für 2014 stehen dafür keine Haushaltsmittel zur Verfügung.

**Anträge zum konsumtiven Haushalt 2014
- sachbezogen -**

Anlage 1

Lfd. Nr. HFBP	Lfd. Nr. chronol.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Kurzbeschreibung	Ansatz Entwurf 2014 in €	Änderung ggü. Entwurf 2014 in €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
45	10	ASA	SPD	4102	5	Aus vorliegenden Sitzungsunterlagen ist ersichtlich, dass sich die Zahl der Wohnungslosen in Gelsenkirchen wieder moderat erhöht hat. Es wird insoweit um Prüfung gebeten, ob bezüglich der ärztlichen Versorgung dieser Wohnungslosen (Arztmobil) eine gewisse Stellenaufstockung notwendig erscheint.			Eine aktuelle Nachfrage bei ArztMobil hat ergeben, dass es weder Engpässe noch Wartelisten bei der ärztlichen Versorgung wohnungsloser Menschen gibt. Die Anzahl der betreuten Patienten ist seit Jahren relativ konstant (ca. 150 Personen). Das medizinische Angebot wird in den letzten Monaten auch verstärkt von Menschen mit rumänischer und bulgarischer Staatsangehörigkeit wahrgenommen. In einigen Fällen erfolgt eine Weitervermittlung dieser Personen an Organisationen in Nachbarstädten, für die ehrenamtliche Mitarbeiter tätig sind. Eine Stellenaufstockung zur ärztlichen Versorgung von wohnungslosen Menschen ist nicht erforderlich.
46	45	ASG	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	4201	4	Erstellen von Kriterien zur Förderung von Inklusionsvorhaben in Sportvereinen im Rahmen von Integration und Behindertensport.			Inklusionsprozesse in Sportvereinen sind unabdingbar; deshalb ist die Erstellung von "Kriterien zur Förderung" ein wichtiger Bestandteil von Sportentwicklung und Sportpolitik. Mit Bordmitteln ist dies von Gelsensport nicht zu bewältigen; externe Unterstützung ist unbedingt notwendig und findet auch teilweise statt (Landessportbund NW, Behindertensportverband). Die Integration dieses Problemfeldes in eine Sportentwicklungsplanung wäre sinnvoll; mögliche Kosten sind zurzeit nicht bezifferbar.
47	46	ASG	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	4201	4	Beauftragung einer wissenschaftlichen Studie zur Sportentwicklungsplanung in Gelsenkirchen. Das Angebot des ikps wirkt in seiner Projektbeschreibung am ehesten für die Bedürfnisse einer inklusiven Sportentwicklungsplanung in Gelsenkirchen geeignet. Mit Blick auf einen möglichen Vertrag sollten deshalb die notwendigen Mittel im Haushalt zur Verfügung gestellt werden.		+80.000	Gelsensport unterstützt eine Sportentwicklungsplanung. Dabei sollten nicht nur bereits vorhandene Module in der üblichen Praxis der wissenschaftlichen Institute zum Einsatz gelangen, sondern unter Berücksichtigung der besonderen Bedingungen des "Gelsenkirchener Modells" im Sinne von Handlungsforschung auch neue netzwerkorientierte Entwicklungsnotwendigkeiten berücksichtigt werden. Da im Gegensatz zu anderen Kommunen bereits umfangreiche Daten vorliegen, ist die intersektorale Mitarbeit verschiedener Vorstandsbereiche zwingend notwendig. Die für eine SEP notwendigen Mittel stehen bei Gelsensport nicht zur Verfügung.
48	51	ASG	CDU	4201	4	Erstellung eines Sportstättenentwicklungsplanes einschließlich der Trendsportanlagen.			Eine Sportstättenentwicklungsplanung ist entweder integrierter Bestandteil einer Sportentwicklungsplanung, da daraus abzuleiten, oder ein eigenständiger Auftrag nach abgeschlossener Sportentwicklungsplanung. Im zweiten Fall entstehen zusätzliche Kosten. Eine Auflistung der Sportstätten inklusive der Trendsportanlagen liegt vor (Infrastrukturdatenbank der Stadt Gelsenkirchen).
49	NEU	-	SPD	4201	4	Einrichtung eines Lenkungskreises Sportentwicklung, der über die Kriterien und Ziele eines Sportentwicklungsplanes beraten soll. Dies soll wissenschaftlich begleitet werden (30.000 €)		+30.000	
50	50	ASG	CDU	4201	6	Sanierung Tribüne Glückauf-Kampfbahn einschließlich der innenliegenden Räume. Die GK steht unter Denkmalschutz. Die Innenräume haben Feuchtigkeitsschäden durch eindringendes Wasser. Es besteht Handlungsbedarf, um weitere Schäden abzuwenden.			Derzeit werden aktuelle Dachschäden an dem Gebäude beseitigt. Umfangreichere Sanierungsmaßnahmen am Dach und in den Innenräumen werden voraussichtlich für die Jahre ab 2015/2016 ff. vorgesehen. Die Sanierung der Tribüne und der innenliegenden Räume der Glückauf Kampfbahn (aktuelle Kostenermittlung liegt bei Gelsensport nicht vor) kann nicht aus der Sportpauschale finanziert werden. Zum einen würden wahrscheinlich über viele Jahre andere Investitionen auf städtischen Sportanlagen und bei vereinseigenen Sportanlagen unterbleiben müssen (was negative Auswirkungen auf den Schul- und Vereinssport hätte) und zum anderen müssen die Mittel über Jahre angespart werden. Die bisherige politische Position des Sport- und Gesundheitsausschusses bestand darin, den Schwerpunkt auf Kernsportanlagen zu legen.

Anträge zum konsumtiven Haushalt 2014
- sachbezogen -

Anlage 1

Lfd. Nr. HFBP	Lfd. Nr. chronol.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Kurzbeschreibung	Ansatz Entwurf 2014 in €	Änderung ggü. Entwurf 2014 in €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
51	57	HFBP	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	5205 5701	OB u. 1	PPP-Projekte Die Verwaltung wird gebeten, die an verschiedenen Stellen im Haushalt genannten Planungsabsichten der PPP-Projekte zu erläutern. Beispielhaft nenne er die Produktgruppen 5205 und 5701.			<p>zu 5205 In Kooperation der Stadt Gelsenkirchen mit der ggw als 100 %iger Beteiligungsgesellschaft unterstützt die ggw im Rahmen von PPP-Projekten den zügigen Ausbau der Kinderbetreuungsangebote im Vorschulbereich einschließlich der U 3-Betreuung mit Realisierung bzw. Vorbereitung und Planung von insgesamt derzeit sechs Projekten. Im Bau befinden sich die Einrichtungen Kita Schulstraße in Erle mit sechs Gruppen, Kita Franz-Bielefeld-Straße in Bulmke-Hüllen mit fünf Gruppen und Kita Irmgardstraße ebenfalls in Bulmke-Hüllen mit vier Gruppen. Fertigstellung und Übergabe der Gebäude ist geplant für den 31.12.2013. Das Gesamtinvestitionsvolumen für die drei Einrichtungen beträgt rund 10,5 Mio. €. In Vorbereitung und Planung befinden sich die Einrichtungen Kita Arena-Park im Berger Feld mit vier Gruppen, eine Einrichtung im Bereich Zoosiedlung / Wohnquartier Graf Bismarck in Bismarck mit vier Gruppen und der Umbau eines Teilgebäudes im Quartierszentrum Tossehof zu einer eingruppigen Einrichtung. Bei den beiden Neubauten ist von einem Investitionsvolumen von ca. 6,5 Mio. € auszugehen, der Umbau im Tossehof erfordert ein Investitionsvolumen von ca. 280 T€. Fertigstellung ist geplant im Verlauf 2014 für Umbau Tossehof bzw. Ende 2014 / 1. Quartal 2015 für die beiden Neubauten. Des Weiteren verpachtet die ggw derzeit an die Stadt die Feuerwache am Urban-von-Forst-Weg in Horst sowie das Gebäude der Kfz-Zulassungsstelle am Wildenbruchplatz.</p> <p>zu 5701 Ziel ist es, Aktivitäten der Wirtschaftsförderung im Bereich der Leitmärkte (u.a. Aufbau und Pflege von Netzwerken) nicht nur für, sondern auch gemeinsam mit privaten Partnern, den Unternehmen in Gelsenkirchen also, zu entfalten. Dies geschieht zwar bereits, hier sollen die Bedarfe und Möglichkeiten der Wirtschaft aber noch intensiver in die Arbeit einbezogen bzw. verstetigt werden. Auf der <u>Maßnahmenebene</u> bestehen konkrete Handlungsansätze derzeit in den Bereichen Energie, Effizienz, Klima, Logistik, Gesundheitswirtschaft/Fachkräfte und Kreativwirtschaft auf Quartiersebene. Beispielhaft sind hier zu nennen: Fortsetzung des Projektes "Betriebliches Mobilitätsmanagement", Klimaanpassungsstrategien für Unternehmen, Energieeffizienz im interkommunalen Netzwerk MEOTEC, PPP-Flächenentwicklung, Kampagne zur Gewinnung von Nachwuchs für die medizinische Versorgung, Begleitung und Unterstützung der Projektaktivitäten "bild.sprachen", der Galeriemeile Gelsenkirchen sowie der "Standortinitiative Neustadt", Initiierung eines "Abendmarktes" auf dem Neustadtplatz, Akquisition/Entwicklung von kreativen Immobiliennutzungen in Ückendorf gemeinsam mit den Immobilieneigentümern.</p>
52	NEU	-	AUF	5701	1	<p>Produktgruppe 5701 Wirtschaftsförderung, S. 643 Die Verwaltung wird beauftragt, keine weiteren Public-private-partnership (PPP) – Projekte mehr zu verfolgen. Die angegebene Zielsetzung für 2014 „Ausweitung der PPP-Projekte“ (S. 643) ist zu streichen. Nach den desaströsen Erfahrungen mit dem alten Hans-Sachs-Haus sowie Cross-Border-Leasing ist den Gelsenkircenern kein weiteres PPP-Projekt mit den damit verbundenen erheblichen finanziellen Belastungen zugunsten einiger Banken und Konzerne mehr zuzumuten.</p>			

Anträge zum konsumtiven Haushalt 2014
- sachbezogen -

Anlage 1

Lfd. Nr. HFBP	Lfd. Nr. chronol.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Kurzbeschreibung	Ansatz Entwurf 2014 in €	Änderung ggü. Entwurf 2014 in €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
53	6 n.F.	VBA	SPD	5401	6	Verbesserung der Nahverkehrsangebote auf den folgenden Strecken: - Prüfung eines Nachtverkehrsangebotes auf der Linie 302 - Verbesserung der Anbindung des Stadtteils Rotthausen Prüfung einer möglichen Veränderung des Bedarfes - bei der Anbindung der Eichkamp-Siedlung in der Resser Mark Zur Durchführung der Prüfung und ggf. erster Maßnahmen sollen Finanzmittel in Höhe von 100.000 € bereit gestellt werden.		+100.000	
54	6 a.F.	VBA	SPD	5401	6	Verbesserung der Busanbindung der Siedlung Im Eichkamp im Stadtteil Gelsenkirchen-Resser-Mark			Die Siedlung Im Eichkamp ist montags – freitags von ca. 06:00 – 20:00 Uhr und samstags von ca. 06:00 – 15:00 Uhr durch die Linie 397 (Buer Rathaus – Im Eichkamp) im 60-Minuten-Takt an das ÖPNV-Netz angebunden. Zusätzlich verkehrt montags – freitags von ca. 20:00 – 24:00 Uhr, samstags von ca. 15:00 – 24:00 Uhr und sonn- und feiertags von ca. 08:00 – 24:00 Uhr ein sog. AnrufSammelTaxi 97 (AST 97) zwischen Erle Forsthaus und der Siedlung. Das AST 97 wurde im Rahmen der „Busnetzoptimierung 2006“ zum Fahrplanwechsel Januar 2006 zwischen Erle und der Siedlung eingeführt. Die bis dahin zur Siedlung verkehrende Buslinie 381 (ebenfalls im 60-Minuten-Takt) hatte in den Abendstunden und an den Wochenenden eine derart schwache Fahrgastnachfrage, dass 2005 beschlossen wurde, diesen Linienabschnitt von Linien- auf Bedarfsverkehr (AST) umzustellen. Es hat sich gezeigt, dass dieses Angebot wegen der geringen Nutzung vertretbar ist. Zur Neuaufstellung des Nahverkehrsplans wurde die Qualität des gesamten ÖPNV-Netzes analysiert und bewertet. Daraus ergab sich keine Notwendigkeit zur Verbesserung der ÖPNV-Anbindung der Siedlung Im Eichkamp.
55	1	BV West	BUNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	5402	6	Streichung einer Formulierung zur Essener Straße bei den Maßnahmen zu den Verkehrsanlagen und -einrichtungen Auf Seite 837 des Haushaltsentwurfes 2014 wird im Bezirk 3 – West – in der Produktgruppe 5402 (Verkehrsanlagen und –einrichtungen) der Punkt Maßnahmen aufgeführt. In diesem Rahmen wird die Beabsichtigung der Öffnung der Essener Straße genannt. Hiermit beantrage ich die Passage: "Essener Straße (Öffnung für den Durchgangsverkehr)" ersatzlos zu streichen.			Zur Durchführung der Maßnahme liegt noch kein politischer Beschluss vor. Aktuell wird eine Bürgerinformationsveranstaltung koordiniert und die Planungen konkretisiert. Eine Vorstellung der Ergebnisse in den politischen Gremien ist für Anfang 2014 vorgesehen.

**Anträge zum konsumtiven Haushalt 2014
- sachbezogen -**

Anlage 1

Lfd. Nr. HFBP	Lfd. Nr. chronol.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Kurzbeschreibung	Ansatz Entwurf 2014 in €	Änderung ggü. Entwurf 2014 in €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
56	2	BV West	CDU	5402	6	Mit Hinweis auf die Drucksache Nr. 09-14/5483 wird die Bereitstellung von 500.000,00 € je Bezirk für die verkehrliche Infrastruktur beantragt. Zur Finanzierung wird auf das GVFG (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) verwiesen.		+2.500.000	Der Haushaltsentwurf 2014 orientiert sich an den Rahmenbedingungen für einen genehmigungsfähigen Haushaltssanierungsplan. Im Bereich der Verkehrseinrichtungen bedeutet diese, dass über die Gewährleistung der Verkehrssicherheit hinaus Baumaßnahmen nur sehr restriktiv durchgeführt werden können. Die Möglichkeit der Inanspruchnahme von zusätzlichen Fördergeldern nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) besteht aus heutiger Sicht nicht. Die Einplanungsgespräche erfolgen am 11. und 12. November 2013 bei der Bezirksregierung Münster.
57	7	VBA	CDU	5402	6	Mit Hinweis auf die Drucksache Nr. 09-14/5483 wird die Bereitstellung von 500.000,00 Euro je Bezirk für die verkehrliche Infrastruktur beantragt. Zur Finanzierung wird auf das GVFG (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) verwiesen.		+2.500.000	Der Haushaltsentwurf 2014 orientiert sich an den Rahmenbedingungen für einen genehmigungsfähigen Haushaltssanierungsplan. Im Bereich der Verkehrseinrichtungen bedeutet diese, dass über die Gewährleistung der Verkehrssicherheit hinaus, Baumaßnahmen nur sehr restriktiv durchgeführt werden können. Die Möglichkeit der Inanspruchnahme von zusätzlichen Fördergeldern nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) besteht aus heutiger Sicht nicht. Die Einplanungsgespräche erfolgen am 11. und 12. November 2013 bei der Bezirksregierung Münster.
58	NEU	-	AUF	5402	6	Produktgruppe 5402 Verkehrsanlagen und -einrichtungen Im Haushaltsplan heißt es auf Seite 573: „Mittelfristige Ziele für den Planungszeitraum 2014 bis 2017 • Mittelfristige Sicherung des Substanzwertes der öffentlichen Verkehrsflächen.“ Dieser Spiegelstrich soll wie folgt geändert werden: • für die mittelfristige Sicherung des Substanzwertes der öffentlichen Verkehrsflächen müssen jährlich entsprechende Mittel von mindestens 10 Mio. Euro eingeplant werden. Der Punkt Risiken und Chancen wird wie folgt geändert: • Wenn weiterhin – wie seit Jahren – weniger als die Hälfte der Mittel aufgebracht werden, die alleine für den Erhalt des Substanzwertes der Verkehrsflächen nötig sind, besteht das Risiko der weiteren Zerstörung und des Verfalls der Verkehrsflächen.		+10.000.000	
59	3	BV Süd	BV Süd	5402	6	Sanierung der Stützmauer entlang der Hartmannstraße.			Die Verwaltung hat die erforderlichen und zur Gefahrenabwehr rechtlich möglichen Sicherungsmaßnahmen an der Mauer bereits vor geraumer Zeit getroffen. Für die geplanten Sanierungsmaßnahmen können keine Mittel in den Haushalt eingestellt werden, da die Mauer sich nicht im Eigentum der Stadt, sondern im Privateigentum befindet. Weitergehende Sanierungsmaßnahmen aus öffentlichen Mitteln zu Gunsten des Eigentums Dritter sind nicht möglich.

Anträge zum konsumtiven Haushalt 2014
- sachbezogen -

Anlage 1

Lfd. Nr. HFBP	Lfd. Nr. chronol.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Kurzbeschreibung	Ansatz Entwurf 2014 in €	Änderung ggü. Entwurf 2014 in €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
60	8	VBA	CDU	5402	6	Freigabe von überdimensionierten Bürgersteigen zur Mitbenutzung für Radfahrer			Nach der Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung, § 2 Absatz 4, kommt eine Freigabe nur in Frage, wenn vorab geprüft wurde, ob ein Radfahrstreifen oder ein Schutzstreifen angelegt werden kann und diese Prüfung negativ war. Weiterhin ist zu prüfen, ob die Freigabe unter Berücksichtigung der Belange der Fußgänger vertretbar ist und die Beschaffenheit und der Zustand des Gehweges den Verkehrsbedürfnissen des Radverkehrs (z.B. Bordsteinabsenkungen) entsprechen. Eine Freigabe kommt daher nur nach Einzelfallprüfung in Betracht. Diese kann nur im Zusammenhang mit der Umsetzung des Radwegekonzeptes erfolgen.
61	9	VBA	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	5402	6	Adäquate Personalausstattung zur Umsetzung des Radwegekonzeptes			Die Frage zur Personalausstattung für die Umsetzung des Radwegekonzeptes kann nur im Zusammenhang mit den zu erledigenden Aufgaben insgesamt beantwortet werden. Hierzu ist ein Abwägungsprozess einhergehend mit Priorisierungen erforderlich. Die Verwaltung wird dem VBA dazu berichten.
62	NEU	-	SPD	5402	6	Radwegekonzept Zielformulierung: Der Netzschluss bei den Radwegen soll vorrangig verfolgt werden. Hierbei sollen auch kleinteilige Maßnahmen (Abmarkierungen, Ertüchtigung von Kreuzungen, Übergängen und Verbindungen etc.), sowie die Wegeföhrung über Nebenstrecken eine Rolle spielen.			
63	55	HFBP	SPD	5405	6	Mülldetektive Ist der Einsatz von Mülldetektiven, der sich in anderen Städten (Hamburg/Köln) bewährt hat, in Gelsenkirchen möglich?			GELSENDIENSTE beschäftigt i. R. einer AGH-Maßnahme so gen. Rat(d)fahrer, die neben der Beratung der Bürger auch illegale Abfallablagerungen im Stadtgebiet ermitteln. Werden Verursacher bekannt, wird gegen diese ein Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet.
64	56	HFBP	SPD	5405	6	Umfeld Sammelcontainer Papier und Glas Die Verwaltung wird um Prüfung gebeten, ob es eine Möglichkeit gibt, Ansammlungen von Müll oder Wertstoffen rund um die Sammelcontainer zu entfernen oder deren Entstehen zu verhindern.			Die Standplätze der Depotcontainer werden von GELSENDIENSTE regelmäßig, mindestens ein Mal wöchentlich, gereinigt. Signifikante Stellen, die häufiger illegale Abfallablagerungen aufweisen, werden auch mehrfach wöchentlich aufgesucht. Die laufenden Kosten belasten den Wirtschaftsplan von GD. Ergänzend können Bürger auch die neu installierte Melde-App zur Information über illegale Ablagerungen nutzen.
65	NEU	-	AUF	5405	6	Produktgruppe 5405 Abfallbeseitigung Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Konzeption und mittelfristige Planung zu erarbeiten zum mittelfristigen Ausstieg aus der Müllverbrennung und zur Förderung einer möglichst vollständigen Kreislaufwirtschaft und entsprechender Technologien wie Kryo-Recycling, IMK-Verfahren (integrierte Methanisierung und Kompostierung), MBA (mechanisch-biologische Abfallbehandlung), Einführung einer flächendeckenden Wertstofftonne und Biotonne in städtischer Regie, Maßnahmen zur Abfallvermeidung und Wiederverwertung und Schaffung dafür nötiger neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze. Im Referat 3 werden 2 Umweltingenieure eingestellt.			

**Anträge zum konsumtiven Haushalt 2014
- sachbezogen -**

Anlage 1

Lfd. Nr. HFBP	Lfd. Nr. chronol.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Kurzbeschreibung	Ansatz Entwurf 2014 in €	Änderung ggü. Entwurf 2014 in €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
66	NEU	-	AUF	5405	6	Produktgruppe 5405 Abfallbeseitigung In die mittelfristigen Ziele wird aufgenommen: a) GE Zero-Waste 2025 – Gelsenkirchen wird Pilotstadt für Maßnahmen und Schritte für das strategische Ziel einer vollständigen Kreislaufwirtschaft. b) Stärkung der interkommunalen und regionalen Zusammenarbeit für das Ziel GE Zero-Waste 2025.			
67	20	AUV	SPD	5501	6	Die Alleesituation in Gelsenkirchen soll erfasst und ihr Zustand überprüft werden. Anschließend soll ein Maßnahmenkatalog zur Sicherung von Alleen und zum Ausbau von weiteren Alleen in Gelsenkirchen erstellt werden. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob der Auftrag haushaltsrelevant ist. Wenn ja, welche Mittel müssten in dem Haushalt 2014 und Folgejahre für die Umsetzung eingestellt werden.		+50.000	Haushaltsrelevanz ist gegeben, da GELSENDIENSTE keine personellen Ressourcen bereitstellen kann. Haushalt 2014: 50.000 € Bestandserfassung und Bewertung der geschützten Alleen (145 Alleen mit einer Gesamtlänge von ca. 55 km); Haushalt 2015: 50.000 € Erstellung Maßnahmenkatalog zur Sicherung der geschützten Alleen sowie Ausbau weiterer Alleen unter Berücksichtigung der jeweiligen Planungssituation (u.a. Umsetzung von Bebauungsplänen) sowie der Berücksichtigung der Auswirkungen des Massariabefalls.
68	4	BV Mitte	CDU	5502	6	Einrichtung einer Hundenauslauffläche auf einem Teilstück des Gebietes "Schalker Verein".			Flächen und Finanzierungsmöglichkeiten sind in der derzeitigen Planung nicht enthalten. Die Anregung wird im Zuge der weiteren Freianlagenplanung mit dem Erschließungsträger NRW.Urban geprüft.
69	21	AUV	SPD	5601	6	Aufbau bzw. Initiierung eines Pendlernetzes in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren (Firmen, Institutionen usw.) durch die Stadt Gelsenkirchen. <u>Begründung:</u> Bereits in anderen Städten, z. B. Erfurt werden Pendlernetze durch ihre Städte initiiert. Diese Pendlernetze könnten Vorbild für die Stadt Gelsenkirchen sein. Die Internetplattform "Mitpendler.de" zur Bildung und Findung von Fahrgemeinschaften ist bereits ein erster Aufschlag. Diesen positiven Beitrag für mehr Klimaschutz wollen wir ausweiten und erweitern. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob der Auftrag haushaltsrelevant ist. Wenn ja, welche Mittel müssten in dem Haushalt 2014 und Folgejahre für die Umsetzung eingestellt werden.			Gelsenkirchen beteiligt sich schon seit vielen Jahren an einem Pendlerportal im Internet. Seit Anfang 2009 wird dieses Portal unter dem Namen „mitpendler.de“ in Kooperation des VRR mit zurzeit 32 Kommunen in NRW betrieben. Zur Weiterentwicklung dieses Fahrgemeinschaftsportals wurde ab 2014 eine Zusammenarbeit mit dem Betreiber von „pendlerportal.de“ vereinbart. Das neue Portal soll unter dem neuen Namen im Februar 2014 starten. Im Rahmen von "pendlerportal.de" besteht für Kommunen bzw. Betriebe in Zukunft voraussichtlich auch die Möglichkeit, unternehmensinterne Portale im eigenen Intranet einzurichten. Diese Option soll auch in Gelsenkirchen geprüft werden. Ein Mittelansatz hierfür ist im Haushalt 2014 nicht erforderlich, da ggf. anfallende Kosten zunächst aus den vorhandenen Haushaltsansätzen finanziert werden könnten.

**Anträge zum konsumtiven Haushalt 2014
- sachbezogen -**

Anlage 1

Lfd. Nr. HFBP	Lfd. Nr. chronol.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Kurzbeschreibung	Ansatz Entwurf 2014 in €	Änderung ggü. Entwurf 2014 in €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
70	NEU	-	AUF	5601	6	<p>Präventiver und repressiver Umweltschutz Produkt 560103 Immissionsschutz</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit der Bezirksregierung und der LANUV sicherzustellen, dass in der Umgebung bzw. auf dem Betriebsgelände der petrochemischen Großanlagen der BP Scholven und Horst auf Dauer unabhängige Messstationen eingerichtet werden. Es ist zu prüfen, inwieweit die Kosten zu Lasten des Betreibers der groß-petrochemischen Werke umzulegen sind.</p>			
71	NEU	-	AUF	5601	6	<p>Gewässerschutz (PG 560106) und Altlasten und Bodenschutz (PG 560105)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Stadt Gelsenkirchen beauftragt ein unabhängiges Fachgutachten mit einem eigenständigen Mess- und Beprobungsprogramm bezogen auf die 11 Grubenwasserhaltungen im Ruhrgebiet. Notwendig ist die gezielte Probenentnahme von Grubenwasser und deren Analyse auf nicht geogene Stoffe, insbesondere auch Dioxine, Furane und PCB im Spurenbereich. Auf jeden Fall soll dies in den nächstgelegenen Stellen der Grubenwasserhaltung erfolgen - Zollverein und Amalie/ Essen sowie Franz Haniel/Bottrop. • Die Stadt Gelsenkirchen beauftragt ein juristisches Gutachten zur Klärung der Eigentumsverhältnisse bezogen auf die in den UTD eingelagerten Stoffe, um den juristischen Sachstand in der Eigentumsfrage zu klären und im weiteren Verlauf gegebenenfalls die Verursacher der Einbringung des Giftmülls zur Rechenschaft ziehen können. • Die Stadt Gelsenkirchen beauftragt ein juristisch und ökologisch fundiertes Gutachten, um die RAG zu verpflichten, die Wasserhaltung über 2018 hinaus - auch nach den geplanten Zechenschließungen - auf dem heutigen Niveau zu halten. Der Anstieg des Grubenwassers muss verhindert werden, um die Gefahren für das Grundwasser einzudämmen. • Die Stadt Gelsenkirchen verwirklicht – gegebenenfalls mit "externem Sachverstand" wie der LANUV – ein kontinuierliches Programm zur Probenentnahme von Grund- und Grubenwasser im Stadtgebiet Gelsenkirchen, um flächendeckend diese Wasser auf nicht geogene Stoffe, insbesondere Dioxine, Furane und PCB im Spurenbereich zu untersuchen. 			

**Anträge zum konsumtiven Haushalt 2014
- sachbezogen -**

Anlage 1

Lfd. Nr. HFBP	Lfd. Nr. chronol.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Kurzbeschreibung	Ansatz Entwurf 2014 in €	Änderung ggü. Entwurf 2014 in €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
noch 71						<p>• Die Stadt Gelsenkirchen beauftragt eine unabhängige Machbarkeitsstudie über die „Rückholung“/ Bergung des Giftmülls unter Tage - die Möglichkeiten und Probleme, potenzielle Methoden und Technologien ebenso wie den möglichen Kostenaufwand.</p> <p>Für erste Maßnahmen werden für 2014 400 000 Euro eingestellt. Zu einem späteren Zeitpunkt muss die Refinanzierung auf Kosten der Verursacher der Problematik geklärt werden.</p> <p>Begründung: 1. Die eigenständige Beauftragung von Gutachten ist erforderlich, um sich unabhängig zu machen von den Recherchen und Maßnahmen der Landesregierung, die die Unter-Tage-Deponierung federführend (mit)initiiert hat. 2. Die „Rückholung“/ Bergung des eingelagerten Giftmülls auf Hugo/Console erscheint nach derzeitigem Kenntnisstand nahezu unmöglich. Angesichts verschiedener Hinweise muss jedoch jede Möglichkeit geprüft werden: so hat Minister Duin im Zusammenhang mit dem Untersuchungsausschuss des Landtages die Prüfung aller Möglichkeiten zur Behebung von Gefahren aus der Giftmüllleinlagerung, gegebenenfalls auch äußerst kostspieliger, in Aussicht gestellt. Namhafte Wissenschaftler halten einen Rückbau der Giftmüllleinlagerungen zwar für sehr kostspielig, aber theoretisch für machbar. Auch hierzu muss ein von der Motivation und Recherche des Landtages oder gar der RAG unabhängiges Gutachten erstellt werden.</p>			

**Anträge zum konsumtiven Haushalt 2014
- sachbezogen -**

Anlage 1

Lfd. Nr. HFBP	Lfd. Nr. chronol.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Kurzbeschreibung	Ansatz Entwurf 2014 in €	Änderung ggü. Entwurf 2014 in €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
72	25	AWL	CDU	5701	1	<p>Imagekampagne "Wirtschaftsstandort Gelsenkirchen"</p> <p>Die CDU - Fraktion beantragt im Rahmen der Haushaltsberatungen einen Betrag i. H. v. 100 TE Euro für eine Imagekampagne zur Verfügung zu stellen. Ziel der Kampagne muss es sein, Gelsenkirchen über die Region hinaus positiv zu platzieren. Bisher ist es leider häufig so, dass Gelsenkirchen im Städteranking hintere Plätze belegt. Diesem Trend kann nur aktiv entgegengewirkt werden, indem Stadt gemeinsam mit führenden Unternehmen diesen Trend versucht umzukehren um so mittelfristig ein attraktiver Standort für Wohnen und Arbeiten in der Region zu werden. Dies muss auch im Sinne der hier ansässigen Unternehmen, insbesondere der Großunternehmen mit einem erhöhten Bedarf an Fachkräften sein. Neben einer ideellen Unterstützung der Aktion schwebt uns eine finanzielle Beteiligung der Genannten vor.</p>		+100.000	Die Verwaltung hat seit 2012 die Marketing-Aktivitäten sowohl im Binnenbereich als auch nach außen gerichtet erheblich verstärkt. So wurden seit September 2012 die entwickelten und marktfähigen Flächenprojekte ARENA PARK Gelsenkirchen, Stadtquartier Graf Bismarck und Schalcker Verein im Rahmen des neu konstruierten Formats "Picknick mit Perspektive" mit den Kooperationspartnern Wirtschaftsinitiative, Arbeitgeberverbände, IHK NordWestfalen und im ARENA PARK Gelsenkirchen mit Schalke 04 erheblich verstärkt. Zudem wurden die Vorzüge der Stadt (Infrastruktur/verfügbare Flächen, weiche Standortfaktoren) über einen "Tag der Logistik" mit Teilnehmern aus der gesamten Bundesrepublik entsprechend in den Fokus gerückt. Es wurden Insertionen in verschiedenen Publikationen wie Süddeutsche Zeitung, Wirtschaftsblatt, DVZ, Messezeitung München, WAZ etc. mit Hinweis auf das spezielle Flächenangebot geschaltet. Im Ergebnis hat dies neben der positiven Außendarstellung Gelsenkirchens zu mehreren überregionalen Flächenanfragen von Projektentwicklern und Einzelunternehmen geführt. Hierzu steht die Verwaltung in Verhandlungen mit den Nachfragern. Die eingeleiteten Marketingmaßnahmen haben eine Imageverbesserung der Stadt Gelsenkirchen bewirkt, die verstetigt werden sollte. Zudem besteht die Chance, über diese Offensive Ansiedlungen von Unternehmen zu erreichen, die bundesweit und international operieren.
73	NEU	-	AUF	6101/ 1109	2	<p>Allgemeiner Antrag zum Haushaltsplan 2014 - Zins- und Schuldenschnitt -</p> <p>Der Rat der Stadt Gelsenkirchen beauftragt den Oberbürgermeister und die Verwaltung, sich in den Gremien der kommunalen Spitzenverbände und gegenüber der Landes- und Bundesregierung für einen Zins- und Schuldenerlass/Schuldenschnitt für die Kommunen einzusetzen und entsprechende Verhandlungen einzufordern. Für die Durchführung einer öffentlichen Kampagne der Stadt Gelsenkirchen werden dafür 100.000 Euro angesetzt für Aufklärung, Information usw.</p>		+100.000	
74	NEU	-	AUF	6101	2	<p>„Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes“</p> <p>Der Gewerbesteuer-Hebesatz wird auf 530% erhöht.</p>			

**Anträge zum konsumtiven Haushalt 2014
- sachbezogen -**

Anlage 1

Lfd. Nr. HFBP	Lfd. Nr. chronol.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Kurzbeschreibung	Ansatz Entwurf 2014 in €	Änderung ggü. Entwurf 2014 in €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
75	11	ASA	SPD	-	5	Das Land NRW führt seit dem 01.01.2013 in Kooperation mit den Landschaftsverbänden und den Arbeitsagenturen das Projekt „Teilhabe an Arbeit – 1.000 Außenarbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen“ durch. Diese Menschen arbeiten zur Zeit in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. Die Projektlaufzeit beträgt 2 Jahre. Für die Einrichtung von 25 dauerhaften Außenarbeitsplätzen für eine 12 monatige Dauer entstehen geschätzte Kosten in Höhe von 60.000 € pro Jahr. Es wird insoweit um Prüfung gebeten, inwieweit sich in möglichen Einsatzfeldern (Botengänge, Postsortierung, Archivierung usw. aber auch in der Pflege von Außenanlagen, Hausmeistereinsatz, usw.) in der Verwaltung als auch bei den städtischen Betrieben für diesen Personenkreis adäquate Beschäftigungsmöglichkeiten ergeben könnten.		+60.000	Grundsätzlich gilt für die Stadt Gelsenkirchen nach wie vor, dass aufgrund der bestehenden Finanzsituation und den sich daraus ergebenden Haushaltsrestriktionen jede Ausweitung des Personalbudgets äußerst kritisch zu bewerten ist. In diesem Zusammenhang ist darüber hinaus festzustellen, dass die Stadt Gelsenkirchen schon jetzt die vorgeschriebene Quote der Pflichtarbeitsplätze für Schwerbehinderte deutlich übererfüllt (Pflicht 5%, tatsächlich derzeit 9,33%).
76	17	ASA	CDU	-	4	Die CDU-Fraktion beantragt zur Sicherstellung und zum Ausbau der Arbeit des Projekts „Soziale Dienste Schule“ vier zusätzliche Personalstellen (Qualifikation: Hochschul- bzw. Fachhochschulstudium mit schulpсихologischem bzw. sozial-arbeiterischem Schwerpunkt) zu finanzieren und den freien Trägern im Bereich OGS zur Arbeit zur Verfügung zu stellen. Für Personal- und Sachkosten sind dafür insgesamt in 2014 240.000 EURO einzustellen.		+240.000	Gemäß der politischen Beratung im Dezember 2011 und Juni 2012 in den Ausschüssen für Bildung sowie Kinder, Jugend und Familien wird das Gelsenkirchener Konzept der Schulsozialarbeit (Sozialdienst Schule) im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets bereits mit 4 Stellen in freier Trägerschaft (Träger, die im Bereich OGS tätig sind) umgesetzt. Der Sozialdienst Schule ist bedarfsgerecht und einzelfallorientiert für alle Grundschul Kinder zuständig, unabhängig davon, ob ein Kind die OGS besucht oder nicht. Konsens war es von Anfang an, die zur Verfügung stehenden Mittel zu strecken. Diese reichen in der aktuellen Struktur bis Ende 2017. Eine Bereitstellung von zusätzlich 240.000,- € ab 2014 würde zu Lasten der Laufzeit gehen, die sich um ca. ein ganzes Jahr verkürzen würde. Außerdem ist ein Bedarf für den Ausbau des Sozialdienstes Schule in der gegenwärtigen Arbeit nicht erkennbar.
77	18	ASA	CDU	-	4	Die CDU-Fraktion beantragt, „angedockt“ bei den „Integrationsagenturen“ oder Wohlfahrtsverbänden, pro Stadtbezirk je einen weiteren Integrationsberater zur Verfügung zu stellen. Diese Integrationsberater sollen bereits vorhandene Strukturen unterstützen und zusätzlich als Lotsen, Moderatoren, Initiatoren und Vermittler agieren. Für Personal- und Sachkosten sind 300.000 EURO in den Haushalt einzustellen.		+300.000	Aufsuchende und kulturvermittelnde Sozialarbeit und sozialraumorientierte Familientreffs als niedrigschwellige Begegnungsmöglichkeit für Neuzuwanderer sind Bestandteile des gesamtstädtischen Projektvorhabens im Rahmen des ESF-Antrages. Des weiteren ist die Akquise, die Qualifizierung und der Einsatz von Sprachenintegrationslotsen ein Bestandteil des Antrages, den die Stadt Gelsenkirchen an das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen gestellt hat. Die Bewilligung beider Anträge liegt noch nicht vor. Es wird davon ausgegangen, dass die geplanten Ansätze den Bedarf decken werden.
78	39 n.F.	KJF	SPD	-	4	Das Mädchenzentrum führt das inklusive Projekt einer Mädchen-Musik-Akademie durch. Die Verwaltung soll die Möglichkeiten einer geeigneten Förderung über Sachmittel prüfen. Die Finanzierung soll über Drittmittel sichergestellt werden.			
79	39 a.F.	KJF	SPD	-	4	Das Mädchenzentrum führt das inklusive Projekt einer Mädchen-Musik-Akademie durch. Die Verwaltung soll die Möglichkeiten einer geeigneten Förderung über Sachmittel prüfen.			Für das Projekt stehen keine Haushaltsmittel zur Verfügung.

**Anträge zum konsumtiven Haushalt 2014
- sachbezogen -**

Anlage 1

Lfd. Nr. HFBP	Lfd. Nr. chronol.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Kurzbeschreibung	Ansatz Entwurf 2014 in €	Änderung ggü. Entwurf 2014 in €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
80	41	KJF	CDU	-	5	Die CDU-Fraktion beantragt im Haushalt 2014 100.000 EURO für die Entwicklung eines „Aktionsplanes Inklusion“ bereitzustellen. Dieser Aktionsplan soll nach dem Vorbild des gleichnamigen Aktionsplans der Stadt Wetter entwickelt werden. Dreh- und Angelpunkt dieses Beispiels ist die Entwicklung des Aktionsplans unter Zuhilfenahme der Expertise von Behindertenselbstorganisationen (AGB), freien Trägern, Kirchen und „privaten Akteuren“ (z.B. Stiftungen) und die Vorlage des Aktionsplans in einer Variante, die die Befassung mit den Themen, Herausforderungen und Zielen der Inklusionspolitik in „einfacher“ und fachlicher „Sprache“ ermöglicht. Der „Aktionsplan Inklusion“ soll im Kalenderjahr 2014 entwickelt und zur Diskussion in die politischen Gremien gegeben werden.		+100.000	Gelsenkirchen ist auf dem Weg zu einer inklusiven Stadtgesellschaft schon ein gutes Stück vorangekommen. Damit es weitergehen kann, ist es erforderlich, dass sich auch weiterhin viele engagierte Bürgerinnen und Bürger einbringen, um bessere Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen in Gelsenkirchen zu schaffen. Für diese Aufgabe hat sich bereits ein Gremium aus Personen und Organisationen der Bürgerschaft sowie verantwortlichen Akteuren aus Politik und Verwaltung gebildet. Dieses noch erweiterungsfähige Gremium möchte für die Umsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderungen in Gelsenkirchen sorgen. Gegenwärtig organisiert eine Arbeitsgruppe "Inklusion" unter Mitwirkung der AGB eine Veranstaltung zur Inklusion am 09.11.2013 im HSH. Zeitgleich hat diese Arbeitsgruppe in Kooperation mit der Lebenshilfe e.V. für dieses Netzwerk bei der Aktion Mensch den Antrag gestellt, die Entwicklung eines solchen Gremiums zu fördern. Sollte der Antrag bewilligt werden, würde sich der von der CDU-Fraktion gestellte Antrag erübrigen.
81	47	ASG	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	-	5	Förderung für die psychosoziale Kontaktstelle des Vereins zur Förderung psychosozialer Arbeit e.V. Seit 2004 ist der Ansatz von 105.000 EUR unverändert geblieben. Um das niederschwellige Beratungsangebot jedoch bedürfnisorientiert und kostendeckend aufrecht erhalten zu können, ist eine Erhöhung dringend erforderlich. Die Anzahl der Beratungsanlässe hat in den letzten Jahren ständig zugenommen. Außerdem hat in diesem Zusammenhang auch kein entsprechender Inflationsausgleich stattgefunden.		+20.000	Die Stadt Gelsenkirchen fördert neben dem „Verein zur Förderung psychosozialer Arbeit e.V.“ (Nienhof) noch zwei weitere Freie Träger (Caritas und Diakonie) für die Unterhaltung ihrer niederschweligen Kontaktstellen. Sie bieten für Menschen mit einer psychischen Erkrankung, Menschen in Krisensituationen, seelisch beeinträchtigten Senioren, Angehörigen der genannten Personenkreise und Betroffenen mit einer sog. Doppeldiagnose einen offenen sowie beschützten Rahmen an. Die Verwaltung überprüft zurzeit die Auskömmlichkeit und Notwendigkeit der Anpassung der Fördermittelmodalitäten. Es wird zunächst versucht, etwaige Anpassungsnotwendigkeiten im Rahmen des vorhandenen Budgets zu schultern.

**Anträge zum konsumtiven Haushalt 2014
- sachbezogen -**

Anlage 1

Lfd. Nr. HFBP	Lfd. Nr. chronol.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Kurzbeschreibung	Ansatz Entwurf 2014 in €	Änderung ggü. Entwurf 2014 in €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
82	48	ASG	CDU	-	4	<p>Neueinstellung von 2 Schulpsychologen</p> <p>Das Auftreten psychischer Störungen im Kindes- und Jugendalter ist auf schätzungsweise 15 Prozent angestiegen. Bisher muss die Stadt Gelsenkirchen mit ihren ca. 30.000 Schülerinnen und Schülern mit insgesamt drei Schulpsychologen auskommen, die zentralisiert für alle Schulformen zuständig sind. Damit sind die Gelsenkirchener Schulen deutlich unterversorgt, oftmals bleiben psychische Störungen unerkannt und eine Chronifizierung im Erwachsenenalter wird damit immer wahrscheinlicher. Die Beschäftigung eines weiteren Schulpsychologen bietet die Möglichkeit, eine weitere, durch das Land NRW bezahlte, Stelle zu erhalten.</p> <p>Wir setzen uns daher für die Anstellung eines weiteren Schulpsychologen in jedem Gelsenkirchener Stadtbezirk ein, um mehr Schülerinnen und Schüler, aber auch betroffene Eltern, besser zu erreichen und zu versorgen.</p> <p>Investitionsvolumen: ca. 75.000 EURO</p>		+75.000	<p>1. Vor einigen Jahren wurden tatsächlich vom Land Schulpsychologenstellen geschaffen, wenn kommunal entsprechend Mehrstellen eingerichtet wurden. Dieser Prozess ist abgeschlossen. Nach Rücksprache mit 2 Schulberatungsstellen scheint geklärt, dass es momentan vom Land kein Programm gibt, mit dem zusätzliche Schulpsychologenstellen geschaffen werden können, wenn die Kommune im gleichen Maße kommunale Schulpsychologen zusätzlich einstellt. Ein entsprechender Erlass ist nicht bekannt und auch nicht in Aussicht gestellt worden. Daher werden mit 75.000 € 2 Stellen nicht geschaffen.</p> <p>2. Im Antrag wird die Notwendigkeit auf Schaffung dieser Stellen damit begründet, dass die Zahl der psychischen Störungen im Kindes- und Jugendalter bei 15% liegt und daher die Ausstattung nicht ausreicht. Im Vergleich zu anderen vergleichbaren Städten ist die Gelsenkirchener regionale Schulberatungsstelle tatsächlich mit weniger Fachpersonal ausgestattet. Finanzmittel für eine bessere Ausstattung stehen nicht zur Verfügung. Im Jahr 2012 wurde eine pädagogische Fachkraft des Referates Erziehung und Bildung zur Unterstützung der Schulberatungsstelle dieser zugeordnet.</p> <p>3. Die wesentliche Aufgabe und konzeptionelle Ausrichtung der Regionalen Schulberatungsstelle ist weniger die Beratung der einzelnen Schüler oder Eltern, sondern die systemische Unterstützung der Schule, der Lehrerinnen und Lehrer.</p>
83	49	ASG	CDU	-	5	<p>Konzept zur ambulanten fachärztlichen Versorgung</p> <p>Die ambulante fachärztliche Versorgung muss für jede Bürgerin und jeden Bürger Gelsenkirchens sichergestellt sein. Die Verwaltung wird beauftragt, ein fachärztliches Versorgungskonzept zu erstellen, um einer Verschlechterung der Versorgungslage durch altersbedingtes Ausscheiden vieler Fachärzte, insbesondere der Kinderärzte, rechtzeitig entgegenzuwirken.</p>			<p>Die Sicherstellung der allgemein- und fachärztlichen Versorgung obliegt der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe (KVWL). Auch nach den neuen Bedarfsplanungsrichtlinien, die 2013 vom Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) verabschiedet wurden, ist derzeit kein Fehlbedarf bei den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten in Gelsenkirchen feststellbar. Die freigewordenen Kassenarztsitze sind durch die KVWL ausgeschrieben worden. In der Zwischenzeit ist es nach Aussage der KVWL gelungen, einen der drei freigewordenen Kinderarztsitze neu zu besetzen. Der öffentliche Gesundheitsdienst hat keinen unmittelbaren Einfluss auf die Bedarfsplanung. Um einem künftigen Ärztemangel vorzubeugen, arbeitet das Referat Gesundheit seit 2013 im Rahmen einer Arbeitsgruppe mit der Ärztekammer, KVWL, Krankenhäusern und der städtischen Wirtschaftsförderung zusammen. Zu den Zielen gehört, öffentlichkeitswirksame Marketingmaßnahmen zu entwickeln, um Gelsenkirchen für junge Mediziner/innen attraktiver zu machen.</p>

**Anträge zum konsumtiven Haushalt 2014
- sachbezogen -**

Anlage 1

Lfd. Nr. HFBP	Lfd. Nr. chronol.	Gremium	Antragsteller	Produktgruppe	VB	Kurzbeschreibung	Ansatz Entwurf 2014 in €	Änderung ggü. Entwurf 2014 in €	Stellungnahme der Verwaltung, ggf. Kennzahlen, ggf. Vorschlag zur Finanzierung
84	58	-	FDP-Ratsfraktion	-	6	<p>„Schalker Meile – Tradition pflegen“ Die FDP-Ratsfraktion setzt sich für die Pflege der Schalker Meile ein. <u>Begründung:</u> Der Anfang auf der Schalker Meile ist getan. Mit viel bürgerlichem Engagement konnten erste sichtbare Zeichen gesetzt werden. Dieses Engagement verdient neben der Anerkennung auch eine weitere Unterstützung. Gerade aufgrund der städtebaulich besonderen Lage der „Schalker Meile“ unterstützen wir eine weitere visuelle Aufwertung in diesem Teilstück der Kurt-Schumacher-Straße. Daher regen wir an, nach Rücksprache von Verwaltung und Initiatoren der „Schalker Meile“, begrenzt auf 4 Jahre, 5 T€ in den Haushalt einzustellen. Die Verwendung der Mittel soll in Absprache von Initiatoren, Verwaltung und Anwohnern geschehen.</p>		+5.000	Der Arbeitskreis bestehend aus Vertretern des FC Schalke 04 Supporters Club e.V., BOGESTRA sowie verschiedenen Organisationseinheiten der Verwaltung (Bereiche Kultur und dem Vorstandsbereich Planen, Bauen, Umwelt und Infrastrukturbetriebe) hat seit Monaten nicht mehr getagt. Ob und in welcher Weise weitere Schalke affine Veränderungen des öffentlichen Straßenraumes oder der denkmalgeschützten Bereiche der Glückauf-Kampfbahn von Interesse und möglich sind, sollte zunächst im Kreise der bisher Beteiligten und unter Beteiligung der Anwohner aktuell erörtert werden.

